

29.01.2020 – 10:00 Uhr

Schweizer Städte und Gemeinden investieren in die Alterspolitik

Bern (ots) -

Die demografische Alterung fordert die Städte und Gemeinden in der Gestaltung ihrer sozialen Lebensräume heraus. Die Studie «Altersfreundliche Umgebungen in der Schweiz» liefert erstmals eine gesamtschweizerische Bestandsaufnahme zur strategischen Altersarbeit in den Schweizer Gemeinden. Sie zeigt: Die Alterung der Gesellschaft ist in den Gemeinden sehr wohl ein Thema. Altersleitbilder und -konzepte bilden einen wichtigen Referenzrahmen für die Gestaltung der Alterspolitik auf lokaler und regionaler Ebene. Politischen Handlungsbedarf orten die Gemeinden in den Bereichen «Wohnen», «öffentlicher Verkehr» und «Mobilität».

Ziel der Studie war es zu erfahren, wie die Städte und Gemeinden der Schweiz der Zunahme der älteren Bevölkerung begegnen. Den Referenzrahmen bildete das Konzept der Weltgesundheitsorganisation von 2015 zu «altersfreundlichen Umgebungen» (Vieillir en bonne santé: stratégie et plan d'action de l'OMS. <https://www.who.int/ageing/global-strategy/fr/>). Altersfreundliche Umgebungen schaffen bedeutet, ein Umfeld zu errichten, das den Bedürfnissen der älteren Bevölkerung gerecht wird und deren Gesundheit, Autonomie, Selbständigkeit und Partizipation fördert. Ziel ist es, die Umwelt und die Räume so zu gestalten, dass auch ältere Menschen ihr Leben nach ihren Vorstellungen und Zielen führen können.

Die Studie «Altersfreundliche Umgebungen in der Schweiz» ist im Auftrag der «a+ Swiss Platform Ageing Society» und in Zusammenarbeit mit der Schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften, dem Schweizerischen Gemeindeverband und dem Schweizerischen Städteverband entstanden. Das Forschungsinstitut gfs.bern hat die Studie durchgeführt. Sie beruht auf einer Online-Umfrage, an der sich 927 der insgesamt 2222 Gemeinden in der Schweiz (Stand 2018) beteiligten. Das Monitoring zu altersfreundlichen Umgebungen in der Schweiz soll in Zukunft periodisch durchgeführt werden.

Die wichtigsten Ergebnisse in Kürze

- Rund die Hälfte der Gemeinden verfügt über eine Stelle oder verantwortliche Person für die Alterspolitik.
- Mehr als die Hälfte der Gemeinden verfügt über ein eigenes oder ein gemeindeübergreifendes Leitbild für die Alterspolitik oder plant dessen Erarbeitung.
- Mehr als ein Drittel der Gemeinden nutzt auch kantonale Steuerungsinstrumente wie beispielsweise Altersstrategien als Referenzrahmen.
- Im Vordergrund stehen Kernaufgaben wie die Pflege und Betreuung, die soziale Integration sowie die gesellschaftliche Partizipation.
- Je nach Region und räumlicher Typologie zeigen sich unterschiedliche Entwicklungstendenzen: Je urbaner die Gemeinde, desto umfassender die Alterspolitik.
- Die Mehrheit der Gemeinden bietet den Seniorinnen und Senioren bislang keine direkte Mitgestaltungsmöglichkeiten in der Alterspolitik. Im Vordergrund der Formen der Partizipation steht die Mitarbeit in Vereinen oder in Alterskommissionen.
- Den grössten Handlungsbedarf orten die Gemeinden in den Bereichen Wohnen, öffentlicher Verkehr und Mobilität sowie bei den Gesundheits- und Unterstützungsdienstleistungen (Pflege und Betreuung). Dazu gehören insbesondere der bezahlbare und altersgerechte Wohnraum sowie die altersfreundlichen Infrastrukturen (u.a. Arztpraxis, Einkaufsmöglichkeiten).

Den Bericht und Best-Practice-Beispiele finden Sie unter: <http://ots.ch/9VSYMF>

Save the date:

Nationale Tagung «Altersfreundliche Umgebungen: integrierte Wohn- und Sozialräume als Chance für alle!», 14. September 2020, Kursaal, Bern. <http://ots.ch/1ldDUG>

Kontakt:

Lea Berger, Schweiz. Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften,
+41 31 306 92 59

Claudia Hametner, stv. Direktorin Schweizerischer Gemeindeverband,
+41 76 587 45 45

Renate Amstutz, Direktorin Schweizerischer Städteverband, +41 79 373
52 18

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100059928/100840803> abgerufen werden.